

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899

253 (27.10.1899) Abendblatt

Abgabe:
Wöchentlich zwölf Mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf.,
durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf.
Vorausbezahlung.
Redaktion und Expedition:
Hirschstraße 9.
Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühren:
Die 15paltige Kolonelleise oder deren Raum für 20 Zeilen Inzerate 15 Pf., für auswärts 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.
Bemerkungen:
Unbenutzt gebliebene Einblendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honoraranprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 253. Abendblatt.

Karlsruhe, Freitag, den 27. Oktober

1899

Politische Uebersicht.

Karlsruhe, 27. Oktober.

Wer will den Konflikt?

Als vor einigen Tagen die Erklärung über die Stellung der badischen Regierung zur Frage einer anderweitigen Regelung des Wahlrechts erschien, antwortete das leitende Organ der badischen Centrumpartei sofort mit der Androhung eines Konflikts. Ohne eine solche Drohung besonders ernst zu nehmen, haben wir den Vorwurf der Konfliktkästerei, der gegen die Regierung erhoben wurde, dem Organ des Centrums sofort zurückgegeben. Jetzt wendet sich auch die Regierung selbst, die sich selbst als „Süddeutsche Reichs-Korrespondenz“ mit aller Schärfe gegen eine solche Insinuation, in dem sie treffend schreibt:

Es dürfte allerdings ein vergebliches Bemühen sein, vor dem Lande den Beweis dafür zu führen, daß die Darlegung der Stellung der Regierung zu der von der Opposition erzielten Wahlrechtsveränderung, „eine Herausforderung der badischen Wähler“ ist. Die Regierung hat tatsächlich nicht mehr und nicht weniger getan, als alle Parteien und ihre Wortführer zu thun für ihr unbefreitbares Recht halten. Nur solche Wähler, die glauben, daß die Regierung dazu da ist, die Wünsche politischer Parteien, ohne Rücksicht auf das Staatswohl, zu befolgen, daß sie selbst aber auf alle und jede eigene Meinung verzichten muß, die Leitung der Staatsverwaltung ohne weiteres den wechselnden Anschauungen der Parteien anpassen hat und nur der Vollstrecker des mitunter durch die fonderbarsten und unnatürlichsten Wahlbündnisse künstlich zusammengestopften „Wahlwillens“ sein soll, werden verlangen, daß die Regierung sich weigert, wo zu reden ihre ernste Pflicht ist. Eine solche Regierung wäre allerdings wert, daß sie dem ersten oppositionellen Wortführer zum Opfer fällt. Gegenüber verführten Entstellungen sei deshalb nochmals auf das Thatsächliche in der Angelegenheit des Wahlrechts hingewiesen.

Zur verfassungsmäßigen Abänderung des bestehenden Wahlrechts ist außer der Zweidrittelmehrheit der Zweiten Kammer die Zustimmung der Ersten Kammer und der Regierung zu den Beschlüssen dieser Kammermehrheit nötig. Bekannt ist, daß auf dem letzten Landtag die Opposition diese Zweidrittelmehrheit auf ihren Antrag nicht vereinigt hat. Es ist vorauszusetzen, daß auch auf dem nächsten Landtag, dessen baldige Erneuerung jetzt durch Neuwahlen zu erfolgen hat, diese Zweidrittelmehrheit nicht zustande gebracht wird, und daß, wenn dies dennoch der Fall wäre, ihren Beschlüssen die Zustimmung der Ersten Kammer und der Regierung verweigert bliebe. Angesichts einer so durchaus klaren Sachlage erscheint es als staatsmännische Pflicht, die Wähler darauf hinzuweisen, daß nur auf dem Wege der Verständigung zwischen den verfassungsmäßig bestimmten Gewalten ein positives Ergebnis erzielt werden kann. Dieses Recht der Aufklärung der Wähler einer Regierung verweigern zu wollen, wäre gleichbedeutend mit der Verweigerung jeder Regierungsautorität und der Proklamierung der absoluten Herrschaft der Opposition; heute dieser, morgen jener Opposition. Eine solche Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Regierung widerspricht aber auch der Verfassung, die alle bürgerlich gesinnten Wähler zu schützen beufen ist; denn die Regierung ist ein den Ständen gleichberechtigter verfassungsmäßiger Faktor. Eine Regierung, die von den verfassungsmäßigen Rechten, welche die Parteien und Wähler ungeschmälert für sich in Anspruch nehmen, keinen Gebrauch macht, würde pflichtvergeßen handeln und wäre nicht an ihrem Platze. Wenn nun die Großh. Regierung schon jetzt darauf hinweist, daß für das Zustandekommen einer Wahlrechtsänderung nicht der Wille einer oder mehrerer Parteien ausreicht, daß vielmehr nur durch das Zusammengehen von Erster und Zweiter Kammer in Verbindung mit der Regierung ein positives Ergebnis erzielt werden kann, so handelt sie durchaus korrekt als Hüterin der Verfassung. Wer dagegen auftritt und diese Stellungnahme bekämpft, untergräbt unsere verfassungsmäßigen Grundlagen und will den Konflikt!

Wit der Flottenfrage

beschäftigt sich in bemerkenswerter Weise die „Nat.-Ztg.“. In der neuesten offiziellen Verlautbarung der „Nordd. Allg. Ztg.“ sieht das nationalliberale Blatt mit Recht ein Zeichen, daß die Reichsmarineverwaltung das Bestehen einer Flottenfrage im Sinne der

Bejähren und Erweiterung der Flottenverfärkung von 1898 ausdrücklich anerkennt. Die „Nat.-Ztg.“ zweifelt trotz der angelegentlichsten Hinausschiebung neuer Forderungen bis zum Etatsjahr 1901 nicht, daß die Frage sofort bei der ersten Lesung des Etats nach der Wiederaufnahme der Sitzungen zur Erörterung kommen wird; denn es könne nicht ausbleiben, daß sie aus der Mitte der Parteien zur Sprache gebracht wird, und der offiziöse Artikel mache durchaus nicht den Eindruck, als ob dies der Marineverwaltung unerwünscht sein würde. Im öffentlichen Interesse wäre es jedenfalls, daß dem Lande bald offener Ausschluß über die Meinungen und Absichten der Marineverwaltung erteilt würde. Am wenigsten könne die Erörterung, nachdem halbamtlich die Existenz der „Frage“ aufgefunden worden, ausgeschlossen oder abgethan werden durch den Hinweis darauf, daß die Regierung die Verpflichtung übernommen habe, sich bis 1904 innerhalb des gesetzlichen Rahmens von 1898 zu halten. Man streitet darüber, wie weit jenes Gesetz überhaupt eine derartige Verpflichtung enthalte. Wir lassen das dahingestellt; wir haben die formalen Bestimmungen des Gesetzes während des ganzen Verlaufs der Verhandlungen darüber nur sehr gering angehängt, seine Bedeutung ausschließlich in der dadurch bewirkten Verklärung der Flotte erblickt; denn die Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten ist kein Civilprozeß, in dem man den Gegner mit einer Forderung dadurch abweisen kann, daß man darthut, er habe früher auf sie verzichtet. Wenn nachgewiesen werden könnte, daß im Jahre 1900 eine Beschleunigung oder Erweiterung des Flottenbaues notwendig sei, die im Jahre 1898 nicht als notwendig erkannt worden, so könnte das Letztere vielleicht den damals leitenden Personen zum Vorwurf gemacht werden; doch in keinem Parlamente der Welt würde man erklären können: Eine Aenderung des damaligen Planes mag gegeben sein, aber nachdem er einmal gesetzlich festgestellt worden, muß es dabei bleiben, einerlei, ob dies sachlich richtig oder verfehlt sein mag. Mit der formalen Abweisung von der Schwelle, wie in Wältern der freisinnigen Volkspartei und des Centrums versucht wird, ist die thatsächlich gestellte „Frage“ nicht aus der Welt zu schaffen. Es muß allerdings zugleich hervorgehoben werden, daß die offiziösen Blätter gerade die formale Seite, und zwar mit wenig Geschick, zuerst betont haben. In sonst wohlunterrichteten politischen Kreisen ist übrigens dem „B. L. Z.“ zufolge die Meinung verbreitet, daß der Reichstag noch in diesem Winter mit der Flottenfrage befaßt werden soll, in Form einer Denkschrift über den voraussetzlichen Mehrbedarf von Schlachtschiffen nach Erreichung des im Flottengesetz vorgesehenen Selbststandes. Es wird angenommen, daß eine Verständigung zwischen dem Kaiser und den Staatssekretären Graf Bülow und Tirpitz bereits stattgefunden hat und daß auch der Reichskanzler derselben beitreten wird.

Deutsches Reich.

Reichstags-Ergebnisse. Das Urteil, das in dem Majestätsbeleidigungsprozeß gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Schmidt wegen eines in der „Magdeburger Volksstimme“ unter seiner Verantwortung veröffentlichten, schwer verletzenden Artikels vor einiger Zeit gefällt worden, ist vor einigen Tagen rechtskräftig geworden, und da es nicht nur auf drei Jahre Gefängnis, sondern auch auf den Verlust sämtlicher aus öffentlichen Wahlen hervorgegangener Ehrenämter lautet, so ist das Reichstagsmandat für Calbe. A. s. ch. ers. l. b. damit frei geworden und hier eine Neuwahl zu vollziehen. In diesem Wahlkreise ist die Sozialdemokratie in den letzten Jahren sehr gewachsen und fast die stärkste Partei. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die sozialdemokratische Parteiführung die Bestrafung ihres Parteigenossen gerade wegen Majestätsbeleidigung mit Hilfe der Erziehungswahl ausnützen will, „dem Wahrspruch des Gerichtes den Wahrspruch des Volkes entgegenzustellen“, und „der Wahrspruch des Volkes, der obersten Instanz und Instanz über alle Instanzen“ werde unzweifelhaft darin liegen, daß Genosse Schmidt nicht vor wert bleibe, das höchste Ehrenamt zu bekleiden, das vom Volke zu vergeben sei. Um diesen Appell nicht nur an die Parteigenossen, sondern an alle Männer von Ehre und Charakter zu verstärken, wird Schmidt zum doppelten Märtyrer gemacht, Märtyrer der sozialdemokratischen Ueberzeugung und „sozialdemokratischen Pflichtgefühls“, weil er sich selbst dem Gerichte als Opfer angeboten hat. Der „Vorwärts“, der diese Phrase münzt, verschweigt dabei, daß Herr Schmidt das Gegenteil von dem gewesen wäre, was ihm jetzt nachgesagt wird, wenn er sich nicht „geopfert“ hätte. Denn statt seiner war

zu vier Jahren Gefängnis sein Parteigenosse Müller verurteilt worden, dessen Name als verantwortlicher Redakteur auf der inkriminierten Nummer der „Magdeburger Volksstimme“ gestanden, während thatsächlich Schmidt die Redaktion geführt und auch allein, ohne Beihilfe, jene Nummer redigiert hatte. Wie wenig die Sozialdemokratie über die Klassenjustiz klagen kann, geht daraus hervor, daß auf Anordnung der Staatsanwaltschaft ungefümt die Strafverbüßung des Genossen Müller ausgeübt und das Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet worden ist. Die Wähler der nicht-sozialdemokratischen Parteien in Aschersleben-Calbe werden daher durch die sozialdemokratische Mache sich nicht beirren lassen. Für die Neuwahlen kommt in Betracht, daß in Aschersleben-Calbe bei den im verfloffenen Jahre vorgenommenen Neuwahlen am 16. Juni v. J. leider nur 34 503, und von diesen 17 090 für die Sozialdemokratie. In der Stichwahl legten sie mit 18 300 Stimmen über den nationalliberalen Kandidaten und bisherigen Vertreter Plade, der mit 18 100 Stimmen in der Minorität blieb. Die Verantwortung für diesen Ausgang trugen die Antisemiten und Freisinnigen, die im ersten Wahlgang, der die Sozialdemokratie in die Minorität brachte, 3500 Wähler zu ungefähr gleichen Teilen für sich aufsplitteten.

Die Vorschriften über Entwertung der Beitragsmarken für die Invaliditäts- und Altersversicherung müssen im Hinblick auf die neuen Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes in mehrfacher Hinsicht abgeändert werden. Der vom Staatssekretär Graf Posadowsky dem Bundesrat vorgelegte Entwurf bestimmt der „Nat.-Ztg.“ zufolge:

1. Arbeitgeber und Versicherte, sowie die die Beiträge einbringenden Stellen sind befugt, die in die Quittungsarten eingetragenen Marken für Zeiträume von höchstens zwei Wochen handschriftlich oder unter Verwendung eines Stempels zu entwerten. 2. Marken für einen zwei Wochen übersteigenden Zeitraum müssen entwertet werden. Die Entwertung liegt demjenigen ob, welcher die Marken einzulösen hat. Sie soll in der Regel bei der Einkahlung erfolgen, muß jedoch spätestens bei der Rückgabe der Quittungsarten an den Inhaber oder, sofern eine solche Rückgabe nicht zu erfolgen hat, spätestens vor der Einreichung der Marke zur Verlängerung ihrer Gültigkeitsdauer oder zum Umtausch vorgenommen werden.

Der Bundesrat hat gestern die Vorlagen, betreffend a) den Entwurf von Vorschriften, betreffend die Entwertung und Vernichtung der Marken der Invalidenversicherung (s. u.), b) die Einführung des Postfachverkehrs im Reichspostgebiete, c) die Ueberführung der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für das Rechnungsjahr 1898 und d) einen Entwurf von weiteren Abänderungen und Ergänzungen des amtlichen Warenverzeichnis zum Zolltarife den zuständigen Ausschüssen überweisen und dem Antrage des 4. und 5. Ausschusses zu der Vorlage, betreffend die Neuordnung der Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands als Eisenbahn-Verkehrsordnung die Zustimmung erteilt.

Marinenachrichten. Der für die Ueberführung des Ablösungstransports nach Westafrika bestimmte Dampfer „Gertrud Boermann“ ist am 24. Oktober, abends in Kiel eingetroffen. Die Ablösungsmannschaften sind am 26. Oktober, vormittags eingeschifft worden.

Oesterreich-Ungarn.

Im österreichischen Abgeordnetenhause beantragten gestern Sozialdemokrat Berner und Genossen die Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der blutigen Vorgänge in Wärsen, besonders in Holleschau und Westin. Sie fragten ferner an, welche Maßregeln die Regierung ergriffen habe, um weiteren Blutvergießen vorzubeugen und verlangen die dringliche Behandlung ihres Antrages. Das Haus ging sodann zur Tagesordnung über und setzt die Debatte über die Regierungs-erklärung fort. Der Abg. Kramarsch nahm das Wort, worauf die ganze Linke den Saal verließ. Kramarsch führte aus:

Durch die Aufhebung der Sprachenerordnungen sei an dem tschechischen Volke eine schwere Sünde begangen worden. Der Systemwechsel habe das Vertrauen des tschechischen Volkes zerstört. Was es für den Augenblick verloren habe, werde es wieder erlangen müssen. Der Systemwechsel bedeute die Sanktionierung der Gewaltthatigkeiten der Ostraktion. Das tschechische Volk nehme den Kampf unverzagt auf und werde ihn rücksichtslos zu Ende führen. (Beifall der Tschechen.) Die Linke erschien wieder im Saale, dann sprach der Kroat Biantini und führte aus:

Seine Partei werde die Regierung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln bekämpfen.

Triebfand.

Roman von Karl Vulke. (11)

(Nachdruck verboten.)

Sie sprach ganz ohne einen traurigen Klang in der Stimme. Es war, als ob sie in einer Erinnerung schwelgte, so wie man im Alter noch oft an die Märchen seiner Kindertage denkt und sich immer noch von ihrem Namen halten lassen will, nachdem man schon längst den Glauben an sie verloren.

„Ich habe meine Mutter nie gekannt —“ sagte Heinrich. Sie blickten beide ins Land hinaus, unverwandt und mit seligen Augen; es war ihnen beiden, als ob Wald und Feld und Heide und Meer mit ihrem Gefühl in diesem Augenblick im Einklang ständen, als ob die alten Bäume, die träumend ihre Wipfel bewegten, dieselben Gedanken haben könnten und hätten wie sie. Und Heinrich legte sachte seine Hand auf die ihre. Sie entzog sie ihm nicht, aber er fühlte, wie ein plötzlicher Schauer durch ihren Körper fuhr. Die herbe Kühle dieser schmalen Hand that ihm wohl.

Und sie standen lange so und sahen sich nicht an. „Maria!“ scholl es laut durch den Garten.

Da wandte sie sich um und sah Heinrich mit großen frommen Augen ins Gesicht. Langsam gingen sie den schmalen Weg hinunter und Eins dachte an das Andere.

„Onkel Voigt“, rief Maria lustig, „wir haben Deine Nachtigallen schlagen hören, drüben am Kirchhof nistet ein ganzes Paar. Herr Richter sagt, es seien die Weisen, aber was versteht ein Referendar davon! Da muß man erst Amtsrichter werden, nicht wahr, Onkelchen?“

Sie sah Heinrich schelmisch an; jetzt kamen ihm die Augen auf einmal feucht und spitzbübisch vor, und einen Augenblick durchzuckte ihn der Gedanke, als sei die ganze Scene auf dem Lindenhügel eine geschickte Komödie von ihr gewesen.

„Noch ein Glas, Herr Lehrer?“ sagte die Pfarrerin freundlich. Der Lehrer bekam ein rotes Gesicht, er hatte sich dabei ertappt, daß er eben Maria eine Minute lang angestarrt hatte. „Wenn ich darum bitten darf, Frau Pfarrerr“, sagte er, um etwas zu sagen.

„Eing uns ein Lied, Maria.“ — sagte der Amtsrichter, „aber ein schönes.“

Die Gäste schwiegen. Maria saß im Halbdunkel am Rande der Laube, abgeblendet von den andern.

„Ja“, sagte sie einfach. „Aber Ihr dürft mich nicht ansehen dabei.“

Und sie lehnte sich in den Stuhl zurück, spannte die Hände über ein Knie und sang:

... Ich ruhe still im hohen grünen Gras
Und sende lange meinen Blick nach oben,
Von Grillen rings umschwirrt ohn' Unterlaß,
Von Himmelsbläue wundersam umwohen.
Die schönen weißen Wolken zieh'n dahin
Durch's tiefe Blau, wie stille, schöne Träume;
Wie ist, als ob ich längst gestorben bin
Und ziehe selig mit durch ew'ge Räume.“

Ihre Stimme zitterte als sie die letzten beiden Strophen sang. Wie um sich aus ihrer allzuweichen Stimmung herauszureißen, sagte sie: „Nicht wahr, das Lied ist wunderbar schön? Es ist von Johannes Brahms und heißt „Feldbeinfamkeit“. Das Gedicht hat Hermann Allmers gemacht.“

„Ja, es ist prächtig“, bestätigte der Amtsrichter, „ganz in Träumerei versunken.“

Auch Heinrich Richter hatte seine Gedanken bei dem Liede gehabt, und sicher andere; sagte er sich, als der Amtsrichter. Umso mehr wunderte es ihn, daß ihre Schlussurteile übereinstimmten: „Es ist prächtig“, wollte auch er sagen.

Maria saß in ihren Stuhl zurückgelehnt, halb vom Schatten des Laubwerks verborgen, und schweig. Was sie wohl finnen mag, dachte Heinrich, und folgte der Richtung ihrer Augen.

Sie sah in den Himmel hinein. Da fiel ein Stern. Nur sie beide hatten ihn gesehen. Und ihre Augen ruhten ineinander.

V.

Es war ein paar Tage später. Heinrich Richter lag in seinem Zimmer auf dem Sofa, das ihm Frau Bertha Engel, seine dicke Wirtin, aus einem der Gastzimmer abgetreten hatte. Die Abendsonne stand hinter den Linden vor dem Hause; vor dem Gaihof lärmten die Kinder, und ein Knecht knallte mit der Peitsche. Oben im Zimmer war es still, denn Heinrich war verdrießlich. Mühsam zog er einen kleinen Brief aus der Tasche, las ihn vielleicht zum zehntenmal und qualmte im Lesen die Rauchwolken an die Decke.

Der Brief lautete:

Vonn, Juni 189—

Sehr geehrter Herr Referendar!

Sie sind mir ein schöner Herr! Schon ein ganzes halbes Jahr haben Sie nichts mehr von sich hören lassen! Ich rechnete Sie schon zu den Toten und wollte Ihnen einen schönen Grabkrantz stiften (wissen Sie, mit Passionsblumen darin und blühendem Lorbeer!) — als mir Herr v. Gese, Ihr kleiner Leibfuchs, von Ihnen erzählte und mir Ihre Adresse gab. Also in Ostpreußen haben Sie sich vergraben, Sie böser Mensch! Sie transit gloria mundi! Jagen wir Lateiner. Und von mir armen alten Frau wollen Sie nichts mehr wissen! Warten Sie nur, ich erscheine Ihnen nächstens mal im Traum und nehme Rache! Ernsthaft, ich glaube, wir Frauen sind doch viel treuer als Ihr Männer!

Haben Sie denn ganz unsere Verabredung vergessen? Damals aus Riva? Da sollte derjenige von uns, der in nächsten Jahre die ersten Veilchen fände, sie dem anderen schicken, ganz gleich, wo der andere stecke und was aus ihm geworden sei! Zu Ihrer Entschuldigunng nehme ich an, daß dort bei Ihnen in Ihrer Wildnis keine Veilchen blühen. Wir schreiben zwar jetzt

Jacek (Tscheko) griff die Regierung auf das heftigste an und erklärte: der Systemwechsel bedeute die Sanktionierung der Revolution im Parlamente, welches weder oben noch unten Respekt genieße. Die Vorgänge in Böhmen und Mähren, das Blut, das dort geflossen, falle auf jene zurück, welche die Revolution im Parlamente ins Werk gesetzt hätten.

Daszanski (Sozialdemokrat) besprach die letzten Vorgänge in Mähren: Er erkenne die schwierige Lage der Regierung gegenüber der aufgeregten Bevölkerung an, aber sie müsse sich nicht ausschließlich auf die Bezirkshauptleute verlassen.

Der Redner wendete sich dann gegen das ewige Kriegsgeschrei der Slaven und der Deutschen, und griff auf das heftigste die Jungtschechen an, deren Politik er als niederträchtig und schamlos bezeichnete.

Bulat erklärte: der Slavisch-christlich-nationale Verband werde auch fernerhin solidarisch mit den Parteien der Rechten vorgehen, er sei jedoch nicht bestrebt, auch künstig an einer ersprießlichen und fruchtbareren parlamentarischen Tätigkeit teilzunehmen in dem Sinne, daß den Staatsbedürfnissen genügend Rechnung getragen werde.

Treuenfels (Mittl.) erklärte: seine Partei werde an dem Verbands mit der Rechten treu festhalten und nach Kräften zur Beilegung des Nationalitätenstreites beitragen. Die Beilegung des Sprachenstreites könne aber nur auf der Grundlage des allen Völkern gesetzlich gewährleisteten gleichen Rechts erfolgen. Er spreche die Erwartung aus, daß der angekündigte Sprachenkongress baldigst vorgelegt werde, um mit ernstlichem Willen an die Arbeit zu gehen.

(Beifall rechts!) Fro (Schönbrunn) betonte, die Deutschen sollten die Delegationswahlen erst dann zugeben, wenn die Regierung weitergehende Erklärungen abgegeben habe. Das deutsche Volk habe kein Interesse an den Delegationen.

Hierauf wurde die Sitzung abgebrochen. Das Exekutivkomitee der Rechten beschloß einstimmig, den Klub zu empfehlen, es sei die Stellungnahme zu jeder Regierungssaktion, sowie auch das formale Vorgehen der einzelnen Klubs vorerst im Exekutivkomitee selbst einer Beratung und eventuellen Beschlußfassung zu unterziehen.

Die rot-blau Sachsenfahne. Aus Pest, 23. Okt. wird der „Königlich Zeitung“ geschrieben: Zur Zeit der chauvinistischen Hochflut unter Koluman Tisza wurde im Jahre 1879 ein Fahnengesetz folgenden Inhalts geschaffen: Der Uebertretung gegen den Staat macht sich schuldig und wird mit Arrest bis 15 Tagen und Geldstrafe bis 200 Gulden bestraft, wer eine Fahne, deren Gebrauch durch ministerielle Verordnung aus dem Gebiete verboten wurde, weil sie als Zeichen feindlicher Gesinnung gegen die gesetzlichen Einrichtungen des Staates gilt, ausstreckt, gebraucht, veräußert oder sonst irgendwie in Verkehr bringt. Eine ergänzende ministerielle Verordnung verfügt dann, daß die Farben aller nicht-magyarischen Nationalitäten als „Zeichen feindlicher Gesinnung“ gegen die staatlichen Einrichtungen anzusehen seien; infolge dessen durften seitdem in Ungarn mit Ausnahme der kroatischen, ferner der jähnen und Wappen der einzelnen Municipien, sowie auch diejenigen des Reichshauptes keine andern als die rot-weiß-grünen magyarischen Nationalfahnen geführt werden. Nun war aber die rot-blau Fahne nicht nur die des sächsischen Volkes, sondern auch, da ja fast alle siebenbürgischen Städte von den Sachsen gegründet wurden, die altberühmte Flagge aller dieser Städte ebenso wie auch der meisten innerhalb deren Mauern bestehenden Gemeinwesen und bürgerlicher Vereine. Da ging es doch nicht recht an, Sinnbilder einer achthundertjährigen, friedlichen Kulturarbeit, der gerade das Magyarentum so viel zu verdanken hat, als Zeichen feindlicher Gesinnung gegen die staatlichen Einrichtungen hinzustellen. Weder Tisza, noch der weit rücksichtlosere Banffy fanden es angezeigt, die erwähnte ministerielle Verordnung auch auf die rot-blau Sachsenfahne auszuweihen. Sie wurde dann ruhig geführt, bis schließlich einige eingewanderte Beamte aus Anlaß einer Feuerwehreinrichtung in Kronstadt beim Ministerpräsidenten das Verbot der rot-blauen Farben zu erwirken suchten. Herr v. Szell erließ nun tatsächlich eine Verordnung, in der er das Führen der Flaggen von Municipien und Vereinen mit Umgehung der magyarischen „Landesfahne“ einfach verbietet. Dieses Verbot rief in allen sächsischen Gauen, namentlich aber in Kronstadt große Erbitterung hervor. Am dortigen Komitatsauschusse kam es zwischen Sachsen einerseits und magyarischer oder magyarisch gesinnter Staatsbeamten andererseits zu heftigen Auseinandersetzungen, wobei auch Obergespan Maurer, der die Veranlassung in geschwinder Weise verhandelt ließ, sehr schlimm davon kam. Schließlich beschloß die aus Sachsen und Rumänen bestehende Mehrheit des Ausschusses, den Ministerpräsidenten als Minister des Innern zur Zurückziehung jener Verordnung zu ersuchen. Bevor dies noch geschehen konnte, hat aber Herr Szell seine Verordnung selbst mit der Begründung außer Kraft gesetzt, daß er dem Abgeordnetenhaus demnach eine die Fahnenfrage einheitlich behandelnde Vorlage unterbreiten werde.

Ueber die Exzesse von Westin wird des weiteren gemeldet: Eine aus 600 bis 800 Personen, die zumeist den untersten Volksschichten angehörten, zusammengeführte Menge zog abends jöhnd und schreiend durch die Straßen, schlug die Fenster an Häusern, die Israeliten gehörten, ein und drang in einzelne Häuser, zerstörte den Haustrat und eröffnete dann gegen ein Privathaus ein Steinbombardement. Die Gendarmen, die vorkam, wurde verhöhnt und mit Steinwürfen empfangen, wobei ein Gendarm am Kopfe verletzt wurde. Nunmehr gab die Gendarmen eine Salve ab, wobei, wie bereits gemeldet, 2 Personen getötet, 2 schwer und 15 leicht verletzt wurden. Nachdem sammelte sich die Menge immer wieder und bewarf die Gendarmen neuerdings mit Steinen, auch drei Schüsse wurden auf dieselbe abgegeben, ohne jedoch zu treffen. Erst nachdem der Bezirkshauptmann mit militärischer Hilfe ankam, zerstreute sich die Menge. Zwei Personen wurden verhaftet.

Schon Juni, aber ich habe doch noch ein paar Beilagen gefunden und schickte Sie Ihnen hier mit einem schönen Frühlingsgruß.

Die schöne Frau Stasia fragt jeden zweiten Tag nach Ihnen, und ich kann nur die Achseln zucken. Mein Mann ist sehr neugierig darauf, Sie kennen zu lernen, so viel habe ich ihm von Ihnen vorgeplaudert. Ach, es ist so einfach hier! Wollen Sie mir denn wirklich ganz untreu werden, so einer alten Freundin wie mir? Schämten Sie sich, Heinrich. Und nun seien Sie brav und schreiben Sie, und noch besser, kommen Sie bald nach Bonn und besichtigen Sie. Sie brauchen garnicht laut zu sagen, was Ihnen fehlt, — wir Frauen haben ein feines Ohr. Adieu.

Ihre Kläre B. PS. Rost und Dasi Dobson, die kleinen Engländerinnen, sind wieder hier. Rost liebt jetzt Ihren Leibfischen, — wenigstens recht von ihr, in derselben Familie zu bleiben, wie?

In dem Briefe lagen ein paar große vertrocknete Parmascheiben. Heinrich hielt sie achtlos ein paar Augenblicke in den Fingern und warf sie dann in den Aschbecher, der auf dem Tisch neben ihm stand. Er kam sich vor wie der leuchtende Antonius von Padua, der in Verlesung gefasert wird. Im ersten Augenblicke hatte es seinem Stolz geschmeichelt, daß sie es nicht gewagt hatte, am Ende des Briefes ihren neuen Namen auszusprechen. Das war die ganze Kläre von damals, unberechenbar in ihren Ideen, kokett bis in die Fingerringe, falsch, verzerrt, und doch so —, Heinrich dachte den Gedanken nicht zu Ende. (Fortf. folgt.)

Heere und Flotten.

Das neue deutsche Linien Schiff „Württemberg“ ist von seiner 72 stündigen Dauerfahrt vom Samstag nachmittag bis Dienstag nachmittag aus See nach Wilhelmshaven zurückgekehrt und in den neuen Hafen eingelaufen. Auch diese Dauerfahrt ist, wie man hört, sehr zufriedenstellend ausgefallen und es scheint nach diesem, daß die neuen Maschinen und Kessel ihre volle Schuldigkeit gethan haben. Thatsächlich hat man den Probefahrten dieses Schiffes in marinetchnischen Kreisen mit großem Interesse entgegengesehen, weil „Württemberg“ mit Wasserrohrkesseln des Systems Richard Schulz D. N. P. versehen ist, welche bis jetzt noch nicht in größeren Betrieben an Bord unserer Schiffe verwendet worden sind. „Württemberg“ ist das erste Schiff, welches ausschließlich mit diesen Kesseln dampft, während dieselben auf den Neubauten „Kaiser Wilhelm II.“, „Kaiser Wilhelm der Große“ und „B.“ nur zu je vier zur Verwendung kommen, die übrigen acht Kessel aber Cylinderkessel sind. Der Schulz-Kessel ist dem englischen Thoring-Kessel nicht unähnlich, hat diesem gegenüber aber große Vorzüge. Eine besondere Abweichung gegen erstere besteht in der Führung der Feuerwege in den Rohrbindeln. Der Haupteffekt der Schulz-Kessel besteht in der außerordentlich raschen und reichlichen Dampfentwidelung. Sie liefern in etwa 45 Minuten völlig betriebsfähigen Dampf. Diese Leistung wird durch das außerordentlich große Rohrsystem und die zweckmäßige Zuführung der Feuerwege bewirkt. Die Anzahl der einzelnen Wasserrohre beträgt 18 bis 1400 und ihre Gesamtlänge bei einer durchschnittlichen Rohrlänge von rund 25 m, etwa 3 km. Alle 8 Kessel würden demnach eine Rohrlänge von 11—12 000 mit einer Gesamtlänge von 24 km haben. Es sind das ganz überraschende Zahlen, aber durchaus der Wirklichkeit entsprechend. Die Probefahrten der umgebauten „Württemberg“ sind zwar noch nicht abgeschlossen, lassen aber nach ihrem bisherigen sehr prächtigen Verlauf wohl schließen, daß der Umbau ein in jeder Beziehung gelungener ist. (Verl. Neuest. Nachr.)

Der französische Oberkriegsrat ist nach den jüngsten Veränderungen folgendermaßen zusammengesetzt: Präsident: Kriegsminister General de Galliffet; Vizepräsident: General Lamont, ehemaliger Generalstabschef; Berichterstatter: General Delanne, Chef des Großen Generalstabs; Schriftführer: General Frater, erster Sous-Chef des Großen Generalstabs; Mitglieder: die Generale Brugère, Gouverneur von Paris, Armeekorpsführer für das 1., 2., 3. und 10. Armeekorps, 3. d. d. Gouverneur von Lyon, Armeekorpsführer für das 4., 6., 11., 18. und 20. Armeekorps, General Lucas, kommandierender General des 9. Armeekorps, Armeekorpsführer anstelle des Generals Giovannielli für das 5., 9., 12. und 17. Armeekorps, Pierron, kommandierender General des 7. Armeekorps, Sauffier, Jurist, und Duchsne. Die von dem General de Negrier ausgeübte Generalinspektion über das 7., 8., 13. und 16. Armeekorps ist provisorisch dem General Pierron übertragen worden und wird wahrscheinlich endgültig dem General Duchsne anvertraut werden, wobei dieser das Kommando eines Armeekorps erhalten haben wird. — Die bisherige Stellung der Generale Sauffier und Jurist bleibt unverändert.

Landtagswahlbewegung.

Die Wahlbewegung in den einzelnen Bezirken hat ein lebhafteres Tempo angenommen. Die nationalliberale Partei greift überall thätig ein, wo es gilt, den Besitzstand zu verteidigen und neue, Aussicht bietende Bezirke zu erobern. Als besonders erfreulich ist festzustellen, daß in den Versammlungen unserer Partei allmählich nicht nur die ältere Generation, sondern auch die ebenso national und freiheitlich gesinnten jüngeren Männer stark vertreten sind. Die freiheitlichen Phrasen der Opposition werden nachgerade in ihrer Nichtigkeit durchschaut. Es handelt sich bei der bevorstehenden Wahl einzig darum, ob unser Baden der parlamentarischen Herrschaft der Ultramontanen im Verein mit den Sozialdemokraten unterworfen werden soll; daß die babische Demokratie, im Gegenfalle zu ihrer württembergischen Namensschwester, nur die Bedeutung einer kleinen Schutztruppe bald für die Ultramontanen, bald für die Sozialdemokraten in Anspruch nimmt, bedarf kaum der Erwähnung, denn diese Thatsache ist notorisch. Um die Fahne des nationalen Liberalismus scharen sich nach wie vor die alten, freiheitlich gesinnten badiischen Bürger, ohne Unterschied der Konfession und ungeachtet mancher untergeordneten Meinungsverschiedenheiten in der Ueberzeugung, daß alle liberalen Erwerbschaften und jeder Fortschritt in unserm öffentlichen Leben keinen schlimmeren Feind zu fürchten haben, als den auf alle Gebiete des Volkslebens übergreifenden, unduldsamen, herrschsüchtigen Ultramontanismus, der zur Erreichung seiner Zwecke auch vor der Unterwerfung der revolutionären Sozialdemokratie nicht zurücksteht. — Mögen unsere Freunde in ihrer Arbeit nicht erlahmen und vor allem am Wahltag ihre Schuldigkeit thun!

Oppositionelle Geschäftigkeit im Wahlkampf. Es ist charakteristisch, daß gerade in denjenigen Wahlbezirken, wo Mitglieder der Opposition fürchten müssen, von Nationalliberalen aus dem Sattel gehoben zu werden, der Wahlkampf sofort auf das persönliche Gebiet hinübergerückt worden ist. So in Ettlingen, wo der Herr über den Einbruch der Liberalen in den Wahlbezirk des Herrn Wader das dortige Centrumsblatt zu persönlichen Ausfällen gegen den liberalen Amtsrath Ludwig verleiht und dessen stellvertretendem Redakteur eine Beleidigungslage zugezogen hat, so vor allem aber in Konstanz, wo gegen den nationalliberalen Kandidaten Vangerichtsdirektor Uebel vom demokratischen Organ in einer Art und Weise persönlich gehässig vorgegangen wird, welche die schärfste Verurteilung aller rechtlich Denkenden finden muß. Zunächst werden die sonst allgemein anerkannten beruflichen Eigenschaften des früheren Konstanzer 1. Staatsanwalts angezweifelt und in der lächerlichsten Weise auf einen früheren Majestätsbeleidigungsprozeß verwiesen, in dessen Verfolg die Geschworenen, also das Volksgewicht, 6 Schneidergesellen auf Antrag des Staatsanwalts wegen erwiefsenen Mordmordes verurtheilt wurden. Die Leibesdebatte brennt dem verflochtenen Abgeordneten für Konstanz-Stadtlicher auf dem Gewissen und so behauptet das dortige demokratische Organ in geradezu absurder Weise, Herr Benedey, der bisherige Abgeordnete, habe mit seiner rühmlichst bekannten Haltung ja nur dasjenige angestrebt, wie der deutsche Kaiser — nämlich Veröhnung mit Frankreich, Treffend widerlegt die „Konst. Ztg.“ diesen nur aus der Angst um das Mandat verständlichen, einem Republikaner* besonders gut anstehenden Versuch, hinter hohen Herren Dedung zu suchen, mit folgenden Sätzen:

Unser Kaiser verleiht die Franzosen der unzweifelhaften deutschen Friedfertigkeit, um sie von ihrem überflüssigen Revanchedurst zu heilen, und das ist sehr nötig und nützlich. Herr Benedey hingegen verleiht uns Deutsche der zweifelhaften französischen Friedfertigkeit, um uns unsere notwendige Kriegsrüstung zu verleiht, und das ist recht nützlich und gefährlich. Unser Kaiser will, daß in einer kräftigen Jugend die Feindthaten der Väter fortleben und müßige Opferwilligkeit entfassen; Herr Benedey will, daß man unsere Städte mit dem Zudernasser einer weiblichen Friedensdummelei zu lampfischen Lämmern herabwürdigt. Die Taktik des Kaisers, der ein unüberwindliches Heer und eine starke Flotte will, sichert den Frieden; die Taktik des Herrn Benedey, der gegen „Militarismus“ und „Marinismus“ wettet, führt zum Krieg; denn sobald wir nach demokratischem Rezept in fortgesetzter Friedensschwärmerei unsere Wehrkraft schwächten, würde der „französische Geizhals“ nach der Abgrenzung und das „perfidie Albion“ nach unseren Kolonien begehrt die Hand ausstrecken.

Wir aber fragen, was soll mit der Verlegung des Wahlkampfes auf das persönliche Gebiet erreicht werden? Zunächst stellt sich die demokratische Presse ein trauriges Zeugnis aus, über den völligen Mangel an sachlichen Gründen zur Bekämpfung des

Begners; dann aber kam es allen aufständig und billig denkenden Männern unter der Opposition doch kaum erwünscht sein, ihre Presse mit ihren Publizisten fortgesetzt vor Gericht wegen Beleidigung verurteilt zu sehen. Herr Wader hat darin den Record erreicht mit seiner viermaligen Verurteilung und der hiesige „Landesbote“ macht demnach wiederholt Bekanntschaft mit dem Strafrichter. Wenn die Oppositionspresse meint, auf solche Art Geschäfte bei den kommenden Wahlen machen zu können, so wird sie sich denn doch sehr getäuscht haben, selbst hinsichtlich derjenigen Kreise des „Volkes“, als deren berufene Vertreter die Oppositionsblätter sich so gerne aufspielen.

Das Centrum will es bekanntlich nicht Wort haben, wenn man diese Partei eine konfessionelle nennt. Die „Offenburger Zeitung“ bringt indessen zu den vielen Beweisen hierfür neuerdings wieder eine sehr bezeichnende Aeußerung, indem sie schreibt: Katholisch leben und liberal sein ist ein Un Ding, wie ein Menschenseib mit einem Pferdskopf.

Und weiterhin: Deshalb ist und bleibt ein „liberaler Katholik“ eine Mißgeburt.

Unser liberalen Katholiken haben bei den Wahlen Gelegenheit, sich für derartige ultramontane Viebenswürdigkeiten zu bedanken. Es fehlt nur noch, daß nach spartanischem Muster die Tötung solcher „Mißgeburten“ gefordert wird.

Baden und Nachbarländer.

Im Baden-Baden, 27. Okt. Der Großherzog von Oldenburg ist heute nachmittag 1 Uhr 26 Min. hier eingetroffen und wurde am Bahnhof vom Großherzog empfangen. Nach herzlichster Begrüßung fuhr die hohen Herrschaften nach Schloß Baden, wo der hohe Gast Wohnung nimmt.

Baden-Baden, 26. Okt. Das in diesem Sommer eröffnete Inhalatorium hat als eine Musteranlage, die sich in bezug auf ihre bauliche Ausführung und ihre Ausstattung mit den vollkommensten Apparaten für sämtliche Inhalationsmethoden würdig den in unserer Stadt bestehenden Groß-Badanstalten anschließen, die lebhafteste Anerkennung der medizinischen Kreise gefunden; aber auch zahlreiche hochgestellte Persönlichkeiten des Fremdenpublikums haben die Anstalt mit großem Interesse besichtigt. Es ist unzweifelhaft, schreibt das „Bad. Tagb.“, daß die Errichtung eines Inhalatoriums von so musterzünftiger Einrichtung, wie das hiesige sie bietet, die Bedeutung Baden-Badens als Kurort noch steigert und viele auf Inhalationskuren angewiesene Patienten, die sonst andere Badeorte aufsuchen würden, nach unserer Bäderstadt führen wird, namentlich da sie hier auch die speziell für diese Kategorie von Kranken günstigsten klimatischen Verhältnisse und eine staubfreie, reine Luft finden.

Freiburg, 26. Okt. Der Aufruf, den das Präsidium des bad. Militärvereins-Verbands nach dem schrecklichen Brandunglück in St. Peter an die Vereine des Landesverbandes mit der Bitte um Unterstützung der geschädigten Kameraden erließ, hat der im Verband herrschenden Kameradschaft das glänzendste Zeugnis ausgestellt. Die Sammlung, an der sich in erster Linie der Großherzog mit einer namhaften Spende beteiligte, ergab im ganzen 3296 M. Diese Summe wurde am 8. Oktober an die geschädigten Kameraden je nach ihrem Verluste und ihrer pekuniären Lage durch den Gau vorzitzenden, Major Flatz, verteilt.

Freiburg, 25. Okt. Die „Freib. Ztg.“ berichtet: Englische Rekruten werden auf dem hiesigen Messplatz zu werben gesucht. Ein Rekrutenschreiber, an einer Bude auf der rechten Seite seines Platze (in englischer Sprache) angebracht, die verschiedene englische Uniformen veranschaulicht, Rekruten er suchen, sich zu melden und die Lohn- und Besoldungsverhältnisse darlegen. Hoffentlich haben unsere Staatsbehörden ein Auge auf diesen groben Unfug.

Stuttgart, 26. Okt. Nach dem heute erschienenen statistisch-medizinischen Jahrbuch gab es in Stuttgart Ende 1898 185 Aerzte, von denen 14 Militärärzte sind. Wundärzte gab es 13 und ebenso viele Zahnärzte, 30 Tierärzte, 19 Apotheken und 3 Dispensarientalente, sowie last not least 61 Hebammen. — Der schwäbische Frauenverein läßt Geste der Silberbergstraße, bei der Kornbergstraße ein weiteres Werk einbauen. In dem Neubau soll die Haushaltungsschule, die Töchterhandelschule und ein weiterer Kindergarten untergebracht werden. — Nachdem in Preußen, in Bayern und in Sachsen Eisenbahnmuseen gegründet worden sind — das bayerische, welches seinen Sitz in Murnberg hat, wurde erst am 1. Oktober eingeweiht — dürfte auch Württemberg sich mit der Frage zu beschäftigen haben, eine solche Sammlung anzulegen, in welcher Altherwürdiges aus der württembergischen Eisenbahngeschichte zur Anschauung und Belehrung späterer Geschlechter erhalten bleibt.

Kleine Mitteilungen. Was alles gemacht wird, um Kunden auszuloden! Ein Nachener Tuch-Verandhaus offerirt: „NB. Um unsern Kunden entgegenzukommen, legen wir bei Bestellungen von M. 20 an das neue Bürgerliche Gesetzbuch, komplett und hübsch gebunden, als Gratisgabe bei.“ — Falls die Kunde nicht ausgehört, daß und mehrfach in Berlin aufgetaucht, und es ist nicht ausgeschlossen, daß solche falsche Notizen auch nach außerhalb der Reichsgrenzen in und Berlin in mehreren Sprachen bei dort wohnenden Fremden in Zahlung gegeben worden. Die Falschnoten sind ganz vorzüglich nachgeahmt, jedoch ist die blaue Farbe, ebenso der rote Nummerndruck um einen Schein heller als bei den echten Noten. — Das Jahr 1900 ist im Antritte begriffen. Dasselbe ist außerordentlich reich an Doppel-Feiertagen, deren mit Weinachten, Ostern und Pfingsten nicht weniger als 8 sein werden. Voraus gehen schon die heutigen Weihnachtst-Feiertage (Sonntag, Montag, Dienstag), dann kommt Neujahr (Sonntag und Montag), Drei König (Samstag und Sonntag), Josephi (Sonntag und Montag), Maria Geburt (Samstag und Sonntag), Maria Empfängnis (Samstag und Sonntag).

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 27. Oktober. — S. S. B. Der Großherzog von Oldenburg ist 12.30 Uhr von Wiesbaden kommend nach Baden-Baden hier durchgereist.

Die vereinigten freiwilligen Feuerwehren halten am Montag, den 30. d. M., unter Leitung des Kommandanten Schiatter ihre Schlußprobe ab. Die einzelnen Kompanien rücken um 4 Uhr von den Feuerhäusern ab.

Abkürzungen in Telegrammen. In der Fassung der Telegramme hat das Reichspostamt neuerdings eine weitere Erleichterung verfügt. Es wurde nämlich bestimmt, daß Wortabkürzungen zulässig sind, sofern sie auch außerhalb des Telegrammverkehrs gebräuchlich und allgemein verständlich sind. Als Beispiel wird angeführt: „Grüßgötter“, „Orthodox“, „Stellmachern“. Ebenso wird jetzt über die orthographisch unrichtige Auslassung des „h“ hinweggegangen in Worten wie „Theater“, „Draht“ u. und deren Zusammenfügungen.

Rechtspflege.

Karlsruhe, 26. Oktober. (Strafkammer I.) Der ledige vorbestrafte Maurer Josef Barth aus Peiting erhielt eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten, weil er dem Tagelöhner Joos, hier, einen Koffer entbrochen und hieraus Wäsche im Wert von 17 M. entwendet hatte. Auch wurden dem Barth die bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre aberkannt. — In der Nacht vom 4. bis 6. März d. J. entsand auf der Kreisstraße dahier aus geringfügiger Ursache zwischen dem ledigen Gchpfer August Ludwig Waller aus Detheim und dem Gärtner Maier von Grünmettersbach Streit. Dabei verletzte Walter dem Maier einen lebensgefährlichen Stich in die linke Brust. Dem Verletzten mußten mehrere Rippen entfernt werden, sodas er dauernd entleert und dem Siedtum verfallen ist. Der Gerichtshof erkannte auf

eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren 6 Monaten und verurteilte ihn gleichzeitig zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren.

Freiwerden. 26. Okt. Schmer duhen müssen der 76jährige Bürgermeister und Standesbeamte Balchazar Stengel und der 69jährige Stadtschreiber Friedrich Hoch in Hornbach ihr allzu großes Entgegenkommen gegen das Publikum, welches sie wegen Verzögerung im Amt, bezw. Verhinderung hierzu gestern vor der hiesigen Strafkammer auf die Anklagebank brachten. Am 6. April dieses Jahres hatte der Hornbacher Reichenschafer den Tod einer Frau anzumelden, traf aber nur den Stadtschreiber auf dem Rathhause an. Auf des ersten Bemerkung hin, er könne nicht warten, bis der Bürgermeister komme, ließ Hoch denselben das entsprechende Vordruckblatt unangefüllt unterschreiben. Das von dem Stadtschreiber nachträglich ausgefüllte Blatt unterschrieb dann Stengel als Standesbeamter auch in Abwesenheit des Beamten. Am 10. Juni d. J. wiederholten sie in einem anderen Falle die gleiche Manipulation, wodurch sie gegen § 18 des Personalschuldgesetzes und § 848 R.-St.-G.-B. vertrieben. In verschiedenen anderen Fällen konnte ein ähnlicher Beweis nicht erbracht werden. Mit Rücksicht darauf, daß nicht eigene Bequemlichkeit, sondern nur fahrlässiges Handeln die bisher unbefangenen Angelegenheiten zu dieser gefahrlässigen Handlungsweise veranlaßt, erkannte das Gericht gegen den Bürgermeister wegen zweier Vergehens auf eine Gefängnisstrafe von nur 1 Monat 1 Tag, gegen den Stadtschreiber wegen Verhinderung auf 10 Tage Gefängnis.

Handel und Verkehr.

Frankfurt a. M., 27. Okt. (Schlußkurse 1 Uhr 45 M.) Wechsel Amsterdam 169.50, London 204.40, Paris 81.—, Wien 169.27, Stal. 75.85, Privatdisk. 5 1/2%, 4% Deutsche Reichsanl. (abg. 3 1/2%) 97.70, 3% Deutsche Reichsanl. 93.—, 3 1/2% Preuss. Konsols (abg. 3 1/2%) 97.76, 3 1/2% Baden in Gulden 96.50, 3 1/2% Baden in Mark 95.90, 3 1/2% da. 96.05, 3 1/2% da. 1896 88.—, 5% Italiener 92.80, Oesterr. Goldrente 99 1/2%, Oesterr. Silberrente 99.—, Oesterr. Lose von 1886 189.80, 4% Portug. 36.40, Berliner Handelsgesellschaft 163.80, Darmstädter Bank 147.—, Deutsche Bank 203.40, Dresdener Bank 161.20, Badische Bank 123.90, Rheinische Kreditbank 142 1/2, Rhein. Hypothekbank 161.—, Pfälzer Hypothekbank 160.80, Oesterr. Länderb. 119.—, Schweiz. Central 143.80, Schweizer Nordost 94.20, Schweiz. Union 79.80, Jura-Simplon 84.60, Bad. Zuckerfabrik 69.30, Harp. 196.25, Nordb. 118.—, Hamb. America 126.40, Maschinenfabrik Oerter 193.—, Karlsruhe Maschinenfabrik 263 1/2, La Veloce St.-L. 26 60 1/2, Tendenz: Fest.

Berliner Schlussskurse. (Mitgeteilt von der Rhein. Kreditbank Karlsruhe.) Oesterr. Kreditaktien 282.—, Diskontokontokorrent-Anteile 191.60, Deutsche Bankaktien 204.10, Darmstädter Bankaktien 147.10, Berliner Handelsgesellschaft-Anteile 164.—, Dresdener Bankaktien 161.10, Staatsbahnaktien 139.87, Canada-Pacific 93.20, Laurahütte Aktien 248.50, Dortmunder Union 122.90, Bochumer Gußstahl-Aktien 253.50, Harpener Bergbau-Aktien 196.62, Sibirien Bergw.-Aktien 214.25, Concordia-Bergw.-Aktien 312.50, Sächs. Aktien 153.50, Sächs. Eisen 194.70, Ges. f. elektr. Unternehmen 153.50, Allgem. Elektr.-Ges. Aktien 243.50, Schuchert-Aktien et. Din. 226.50, Dtsch. Walfen-u. Aumittelfert. 288.—, Sprotz, Italien. Rente 92.87, Privatdiskonto 5 1/2% Prop.

Paris, 27. Okt. An der heutigen Börse notieren: Sprotz. Rente 100.85, Sprotz. Italiener 92.90, Spanien 61.90, Türkei D 22.10, Banque Ottomane 556.—, Rio Tinto 1200.

Kontinentale Versicherungs-Gesellschaft Mannheim. Die Gesellschaft, bekanntlich ein Tochterinstitut der Mannheimer Versicherungs-Gesellschaft, vereinigte in 1898/99 an Prämien 2 046 391 M. (im Vorjahr 1 980 705 M.) und verausgabte für Rückversicherungen 1 084 286 M. (1 075 857 M.), für Schäden 855 108 M. (741 007 M.), für Agentur-Kommissionen 121 886 M. (128 696 M.) und für Verwaltungskosten 35 241 M. (23 494 M.). Die Prämien und Schadenreserve ist gleichzeitig von 361 854 M. auf 311 468 M. gesunken, wovon 140 723 M. (120 314 M.) auf die Reserve für noch nicht abgelaufene Versicherungen und 170 735 M. (241 599 M.) auf die Reserve für noch nicht liquidierte Schäden entfallen. Aus dem reinen Versicherungsergebnis ergibt sich mithin ein Ueberschuß von 81 338 M. (30 048 M.) einschließlich 1049 M. (4319 M.) Vortrag und 29 170 M. (29 890 M.) Zinsen. Davon werden wieder 26 000 M. als Dividende von 5 Prop. verteilt, 4000 M. der Kapitalreserve überweisen und 2014 M. vorgehalten.

Hopfen.

Nürnberg, 24. Okt. (Offizieller Marktbericht des Syndikats der vereinigten Hopfen-Kommissionäre Nürnbergs.) Die starken Bahndienungen haben inzwischen in unveränderter Weise angehalten; dagegen bringen die Zufuhren vom Lande gestern nur 100 Ballen. Bei etwas ruhigerem Verkehr als zu Beginn der Woche konnte daher gestern nur ein Umsatz von 600 Ballen erreicht werden. Auch heute war die Stimmung keine bessere. Die zu Markt gebrachten ca. 600 Ballen Landhopfen fanden nur teilweise Abnehmer, wobei Mittelorten einige Markt an Wert verloren. Auch für auswärtige Sorten zeigte der Markt kein besonderes Leben, jedoch die Tendenz bei einem Tagesumsatz von anähernd 1000 Ballen als eine etwas schwächere zu bezeichnen ist. Stimmung ruhig. Preise am 26. Oktober 1899. Marktware prima 65—70 M., dto. mittel 55—60 M., dto. gering — M. Gebirgshopfen 75—80 M. Gallertauer Siegelgut prima (Au Wolnisch) 90—95 M., dto. mittel 65—80 M. Gallertauer ohne Siegel prima 80—88 M., dto. mittel 60—75 M., dto. gering 45—55 M. Würtemberg prima 80—90 M., dto. mittel und gering 60—75 M. Badische prima —, dto. mittel 70—80 M. Spalter Land, leichte Lage, 85 bis 115 M. Eisfasser 55—80 M. Polen prima 80—90 M., dto. mittel 70 bis 75 M.

Der Verkehr auf dem Suez-Kanal

hat sich nach der neuesten englischen Statistik (Bericht der statistischen Abteilung des britischen Handelsamtes) seit 1870 in folgender Weise entwickelt:

Die Zahl der den Kanal passierenden Schiffe betrug 1870: 486; 1875: 1494; 1880: 2028; 1885: 3624; 1890: 3699; 1895: 3434; und 1898: 3503. Der Zahl nach ist also der Verkehr nur bis 1885 beständig gestiegen; das Maximum betrug 4207 im Jahre 1891. In den folgenden Jahren ist ein Rückgang eingetreten, der sich indessen nur auf die Zahl der Schiffe beschränkt, während der tatsächliche Verkehr auch weiterhin gestiegen ist, da die einzelnen Fahrzeuge beständig an Größe zugenommen haben. So betrug die Lonnage der im Suez-Kanal verkehrenden Schiffe in 1000 Tons: 1870 Brutto: 655 (Netto: 437); 1875: 2941 (2010); 1880: 4345 (3057); 1885: 8965 (6386); 1890: 9606 (6783); 1895: 11 834 (8448); 1898: 12 965 (9239). Damit ist im Jahre 1898 der bisher höchste Stand erreicht. Dem entsprechend sind auch die auf dem Kanal erbobenen Gebühren gestiegen, die im Jahre 1870 nur 5 Mill. Francs, 1881 bereits über 50 Millionen und 1898 über 85 Millionen betrugen.

Bemerkenswert ist namentlich die Verschiebung, die in den letzten Jahren in Bezug auf die Nationalität der im Kanal verkehrenden Schiffe eingetreten ist. An erster Stelle stehen natürlich durchweg die britischen Schiffe. Daneben behauptete die französische Flagge bis 1888 nach der Zahl, bis 1889 nach der Lonnage der Fahrzeuge den zweiten Platz. In diesen Jahren wurden sie jedoch durch die deutschen Schiffe überflügelt, die 1890 sowohl an Zahl wie an Lonnage alle anderen Nationen außer der britischen in weitem Abstande hinter sich zurückließen. In den Jahren 1890, 1895 und 1898 gestaltete sich das Verhältnis folgendermaßen:

	1890		1895		1898	
	Zahl	Tons	Zahl	Tons	Zahl	Tons
Gesamtverkehr	3 889	9 749	3 434	11 834	3 503	12 963
Britisch	2 522	7 439	2 318	8 882	2 295	8 691
Deutsch	275	732	314	977	356	1 853
Frankösisch	169	556	278	1 006	221	892
Holländisch	144	842	192	498	193	526

In Verhältnis zur Gesamtzahl der den Kanal benutzenden Schiffe beträgt der deutsche Anteil 1879 nur 1 Prop., 1898 dagegen mehr als 10 Prop., während der Anteil der englischen Schiffe von 77 auf 65,5 Prop. gesunken ist. In Bezug auf die Lonnage ist der deutsche Verkehr im Verhältnis noch viel erheblicher gestiegen, und die Ausdehnung des Verkehrs der größten Hamburger und Bremer Aktien nach Djassien etc. mit ihren neuen großen Dampfschiffen läßt für dieses und die nächsten Jahre noch eine weit erheblichere Steigerung des deutschen Anteils an Verkehr im Suezkanal erwarten. Der deutsche Verkehr im Suezkanal, einst verschwindend gegenüber dem englischen und auch übertriffen durch den anderer Länder, beträgt heute bereits mehr als ein Drittel des Gesamtverkehrs und ein Sechstel des britischen. Auch hier kommt also die fortgesetzte und starke Steigerung der deutschen Seeinteressen deutlich zum Ausdruck.

Berschiedenes.

Aus Oberammergau. Die elektrische Bahn Murnau-Oberammergau geht nun endlich ihrer Vollendung entgegen. In Murnau ist gegenüber dem Gemeinschaftsbahnhof der Staatsbahn und Lokalbahngesellschaft ein ausgedehnter neuer Bahnhof entstanden, der mit dem großen Verkehr aus Anlaß des nächstjährigen Passionsspiels rechnet. Auch in Kohlgrub und Oberammergau sind ziemlich große Bahnhöfe, der letztere erhält vier lange Gleise, da beabsichtigt ist, die Züge der Staatsbahn von München bis Oberammergau durchzuführen. Zu diesem Zwecke wird neben dem elektrischen Betriebe der Betrieb mit Dampflokomotiven an Spieltagen eingeführt. Es wird für jeden Hauptaufsitzungstag auf rund 6000 Theaterbesucher gerechnet. Davon können über 2500 in Oberammergau selbst unterkommen, denn schon im Jahre 1890 waren dort 2000 Personen, das vergrößerte, resp. neugebaute nimmt 5000 auf. Die Preise der Plätze werden sich in sechs Abstufung (zwischen 10 M. und 1 M.) bewegen, hierfür stehen nur Sitzplätze zur Verfügung.

Der Fremdenverkehr in der Schweiz 1898/99. Die diesjährige Fremdenreise war infolge des günstigen Wetters eine der besten. Die Mitteilungen des deutschen und österreichischen Alpenvereins zufolge wurde die Schweiz in der letzten Saison von 2 1/2 Millionen Fremden besucht, von denen die Hotels eine Einnahme von 180 Millionen Frs. erzielt haben. Da für Eisenbahn-, Geschenk- und Kurusaufgaben weitere 30 Millionen gerechnet werden können, hat der diesjährige Fremdenstrom einen wahren Goldregen im Betrag von etwa 160 Millionen Frs. in das Land gebracht. Die Hauptzahl der Reisenden stammte aus Frankreich, danach kamen Nordamerika und England, Frankreich und Rußland. Der Besuch aus Oesterreich-Ungarn, das mit seinen Alpenländern der Schweiz bereits erfolgreich Konkurrenz macht, war dagegen ziemlich schwach.

Telephon und Ueberricht. Während der Elektrizitäts-Ausstellung in Brüssel hatte eine Telephon-Gesellschaft in einem Pavillon eine Anzahl sogenannter Theatrophone aufgestellt und sie mit einem Konzertsaal in der Stadt verbunden, so daß die Besucher des Pavillons die Vorträge mit anhören konnten. Der Komponist Verdi hatte die Telephon-Gesellschaft mehreremale aufgefordert, eine ihren Einnahmen aus diesem Unternehmen entsprechende Abgabe zu zahlen; die Gesellschaft hatte sich jedoch immer geweigert, indem sie erklärte, daß das Konzerthaus in der Stadt schon Gebühren für die Aufführung der auf dem Spielplan stehenden Stücke zahle. Die telephonischen Konzerte wurden fortgesetzt, aber als eines Abends die Drähte ein Stück aus „Rigoletto“ übertrugen, wurde im Namen Giuseppe Verdis gegen die Gesellschaft ein Prozeß angehängt. In der Klageschrift behauptete Verdi, daß es nicht erlaubt sei, der Aufführung eines Werkes eine größere Öffentlichkeit zu geben, als die von dem Tonbildner selbst gestattete, und daß die telephonische Uebersetzung ein zweites Konzert darstelle, das gleichfalls den Gesetzen über die Urheberrechte unterworfen sei. Nach langen Verhandlungen machte der Brüsseler Friedensrichter die Begründung Verdis auch zu der seinigen. Verdi erhielt für jede unerlaubte Aufführung eine Entschädigung von 5 Francs zugesprochen, und der Gesellschaft wurde verboten, in Zukunft neue Aufführungen ohne Ermächtigung zu veranstalten.

Bemerkte Nachrichten. Beim Hinaufwinden der 35 Jentner schweren Krone-Figur des legenden Christus am Berliner Dom kam gestern nachmittag der Flaschenzug in Unordnung. Die Figur stürzte aus einer Höhe von 23 m herab. Die acht beteiligten Arbeiter sprangen rechtzeitig zur Seite. Die Figur ist anscheinend verhältnismäßig wenig beschädigt. Ueber die am 2. d. M. bei dem belagerten Petrusanale auf dem Bahnhof Klosterhof in Hamburg verlorene 16 Kruten erfahren wir, daß von den 20 in das Militäraragarett aufgenommenen Betruten bereits 16 aus der ärztlichen Behandlung entlassen worden sind und die Entlassung der übrigen vier binnen kurzer Zeit zu erwarten ist. Auch das Befinden der im Allgemeinen kränklichen untergebrachten elf Verletzten hat sich so günstig gestaltet, daß sie in den nächsten Tagen in das Militäraragarett übergeführt werden können. In der Nacht zum Sonntag ist der vom Bahnhofspostamt Plauen i. Voigtl. abgehende Geldbeutel, der die Samstagseinnahme aus dem Bahnhofsum mit 9000 M. enthielt, auf dem Hauptpostamt abhanden gekommen. Tags darauf wurde das Geld in zwei Briefkästen der oben Stadt ab auf einen geringen Betrag wiedergefunden. Ein Vergrüßlich erfolgte in dem zur Stadt Jäbige gehörigen Dorfe Traasnyg. Viele Bauernhöfen und das arische Gehörhaus sind zerstört. Der Berg stürzte sich gegen den Heremöschlshöhl, dem durch die teilweise Versenkung eine Hemmung des Laufes eroh. — Umweil dem Ponte Walle, wenige Kilometer von Rom, wurde gestern ein junger deutscher Priester durch ein halbes Duzend Strolche ausgeraubt. — Wegen d. d. Schläfen in der Kirche erging 1699 folgende öffentliche Verordnung: „Nachdem wir in Erfahrung gebracht, daß das Schläfen in den Kirchen allzu sehr überhand nimmt, verordnen wir allergnädigst, daß in jeder Gemeinde einige Männer aufgestellt werden, welche in der Kirche umhergehen und mit einer langen Klatz die Leute auf den Kopf schlagen, welche schlafen, und auf diese Weise die Kirchgänger wach erhalten, damit sie fleißiger auf die Predigt hören.“

Humoristisches.

Zeitungs-humor. Der „Wiesbadener General-Anzeiger“ (Nr. 238) berichtet: „Anlage wegen Stupunnenen ist erhoben W. Haupt gen. Inhaber (Ehepaar) einer hiesigen, ehemals besseren Wirtshaus.“ Das ist nicht ganz verständlich, jedenfalls aber handelt es sich um etwas überaus Schanderhaftes. — Der „Oberleitend es sich um etwas überaus Schanderhaftes.“ — Der „Oberleitend es sich um etwas überaus Schanderhaftes.“ — Der „Oberleitend es sich um etwas überaus Schanderhaftes.“

Lezte Nachrichten.

Paris, 27. Okt. Der „Figaro“ teilt mit, daß Kaiser Wilhelm in angeordnet habe, mit einem Teil der von Friedrich dem Großen erworbenen Bilder französischer Meister, die sich gegenwärtig in den Schloßern zu Berlin und Potsdam befinden, drei Säle des deutschen Anstellungspavillons auszuschnitten. Das Blatt bemerkt dazu, dieser Gedanke des deutschen Kaisers, der eine Huldigung für die französische Kunst bedeute, werde in Frankreich gewiß als Zeichen freundlicher Gesinnung viel bemerkt werden.

Le Creuzot, 27. Okt. Der „Petite Republique“ wird von hier telegraphiert, daß die Lage neuerdings sehr ernst sei. Die Gesellschaft Schneider habe 14 Sondalarbeiter entlassen. Der Syndikatsrat habe sich telegraphisch an die Regierung gemandt. Unter den Arbeitern herrsche große Erregung.

London, 27. Okt. Die Königin Viktoria verläßt Schloß Balmoral am 10. November nachmittags und trifft im Schloß Windsor am folgenden Tage ein, um dort etwa 5 Wochen lang zu wohnen. Anfangs der dritten Novemberwoche kommen der Prinz und die Prinzessin von Wales nach Windsor, um dort mit dem deutschen Kaiser zusammenzutreffen. — In seiner Wochenschrift „Truth“ weiß Labouchere zu melden, der englische Hof habe von Berlin die vertrauliche Ankündigung erhalten,

daß die Königin der Niederlande mit dem Prinzen Wilhelm von Wied so gut wie verlobt sei; die Verlobung werde jedoch vorläufig als geheime behandelt und es solle noch einige Zeit so bleiben, da die Königin sich entschlossen habe, nicht zu heiraten, bevor sie den 21. Geburtstag erlebt hat, den sie im August 1901 begeht.

Buenos-Aires, 25. Okt. Es ist wahrscheinlich, daß der Kongreß den zwischen der Regierung und der Buenos-Aires Pacificbahngesellschaft ad referendum geschlossenen Vertrag nicht genehmigen werde, wonach die Gesellschaft einen eigenen selbständigen Endbahnhof in Retiro zu bauen hätte. (Financial News.)

Buenos-Aires, 26. Okt. Die gestrige Bageverflechtung hat sich mehr und mehr. Die Staatspapiere fallen infolge bedeutender Verkäufe, die zu dem Zweck erfolgten, den Ertrag in Gold umzusetzen. Die Regierung wird von Tag zu Tag weniger beliebt. (Times.)

Der südafrikanische Krieg. Ostlicher Kriegsschauplatz.

London, 27. Okt. Wie die „Times“ aus Glands-Laage vom 22. d. M. melden, ist es noch unmöglich, die Verluste der Buren zu schätzen. Doch dürften sich dieselben auf annähernd 250 Tote belaufen. — Oberst Schiel soll in einer Unterredung gesagt haben, nichts habe der Trefflichkeit der englischen Feldgeschütze standhalten können. Die Transvaal-Artilleristen hätten sich wiederholt von den Schanzen zurückziehen müssen.

London, 27. Okt. Reuter meldet aus Durban vom 23. d. M.: Die englischen Matrosen kehren nach der Durchsuchung der Zweigstelle der Nationalbank von Transvaal wieder auf das Schiff zurück. Die Bank wird morgen wieder geöffnet sein.

Westlicher Kriegsschauplatz.

London, 27. Okt. Reuter meldet aus Kimberley vom 25.: Eine britische Abteilung von 270 Mann verließ heute früh die Stadt. Als sie eine kurze Strecke zurückgelegt, ließ sie auf Truppen der Buren, mit welchen sie ins Gefecht gerieten. Später erhielten sie Unterstützung von zwei gepanzerter Eisenbahngügen und 220 Mann mit zwei Kanonen nebst zwei Maximgeschützen. Eine britische Kanone eröffnete das Feuer plötzlich gegen den Feind, der sich in ungünstiger Stellung befand. Die Buren-Artillerie erwiderte das Feuer in heftiger Weise. Der Kampf dauerte mehrere Stunden. Die Engländer verloren 3 Tote und 21 Verwundete. Aufseite der Buren sind viele Leute getötet, darunter der Kommandant Botha.

Berschiedenes.

London, 27. Okt. Im Unterhaus erklärte gestern Balfour, der Schiedsspruch in der Delagoafrage, durch Schweizer Juristen sei noch nicht gefällt, werde aber binnen kurzer Frist erwartet.

Washington, 27. Okt. In Beantwortung der Anfragen, welche an Präsident McKinley gerichtet wurden betr. Ausbietung der Vermittlung zwischen England und Transvaal, sagte McKinley, er werde diesbezügliche Petitionen ernstlich in Erwägung ziehen.

Ettlingen, 26. Okt. Die Klage des Amtsrichters Ludwig gegen den stellvertretenden Notar des Ettlinger „Landmann“ wurde nach einer Mitteilung dieses Blattes gestern durch Vergleich vor dem Bürgermeisteramt erledigt.

Kaiserlautern, 27. Okt. Der „Pfälzischen Presse“ zufolge ist der Reichstagsabgeordnete Ostbesitzer Karl Gander (M.) in Steinweiler (Pfalz) gestern nachmittag gestorben.

Eisenach, 27. Okt. In der letzten Nacht entstand in der „Fahrszeugfabrik Eisenach“ im Revisionschuppen Feuer. 300 Fahrräder, sowie Bestandteile von Automobilen wurden zerstört. 4 Feuerwehrlente verletz, davon einer schwer.

Leipzig, 27. Okt. Das Personal der „Elektrischen Straßenbahn“ ist in den Ausstand getreten, so daß z. Zt. nur wenige Wagen verkehren.

Paris, 27. Okt. Die erste Aufführung von Wagners „Tristan und Isolde“, die gestern im Nouveautheater von Lamoureux gegeben wurde, hatte einen glänzenden Verlauf.

Frankfurt, 27. Okt. (Telegraphischer Börsenbericht.) Anfänglich war die Börse verstimmt aus Ultimo-Schwierigkeiten und Auslassungen der „Times“ über die ungünstige Geschäftslage in Argentinien. Später kam eine bessere Tendenz zum Durchbruch. Püttens- und Bergwerkaktien anziehend. Banken ruhig. Von Fonds Argentinier gedrückt.

Briefkasten.

B. hier. Im Jahre 1888 sind Kronen (10-Markstücke) mit dem Bildnis Kaiser Wilhelm II. nicht geprägt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Felix v. Schardt, für Anzeigen und Inserate: Ludwig Zordach, beide in Karlsruhe.

Spielplan des Großh. Hoftheaters.

Samstag, 28. Okt.: „Der Vetter“ (A 14.)
Sonntag, 29. Okt.: „Margarethe“ (C 14.) Anfang 1/7 Uhr.

Meteorologische Beobachtungen vom 27. Okt., morgens 8 Uhr.

Ort	Barom. 0 Gr. n. d. Meeresh. in Mill.	Wind Richtung	Wind Stärke	Wetter	Temperatur in Grad.
Aberdeen	765	SW	leif. Zug	heiter	5
Stockholm	765	SW	leif. Zug	heiter	5
Osaka	765	SW	leif. Zug	heiter	5
Petersburg	760	SW	leif. Zug	heiter	5
Nosonau	765	SW	leif. Zug	heiter	5
Corf.	765	SW	leif. Zug	heiter	5
Chebourg	769	SW	leif. Zug	heiter	5
Hamburg	769	SW	leif. Zug	heiter	5
Memel	761	SW	leif. Zug	heiter	5
Paris	762	SW	leif. Zug	heiter	5
Karlsruhe	764	D	leif. Zug	heiter	5
Wiesbaden	764	D	leif. Zug	heiter	5
München	766	SW	leif. Zug	heiter	5
Berlin	762	SW	leif. Zug	heiter	5
Wien	768	SW	leif. Zug	heiter	5
Breslau	765	SW	leif. Zug	heiter	5
Wizza	766	D	leif. Zug	heiter	5
Triest	767	D	leif. Zug	heiter	5

Wetterbericht des Centralb. für Meteorol. vom 27. Okt. Das barometrische Maximum hat sich nach der Balkanhalbinsel verlegt, während eine ziemlich tiefe Depression vor der mittelnordwestlichen Küste und ein flaches Minimum vor dem Eingang zur irischen See existieren. Beide Depressionen verursachen in den Küstengebieten vor der Mittel-europa mildes regnerisches Wetter, im Binnenland hat zwar die Wölkung auch zugenommen, doch war es hier am Morgen noch trocken und kalt. Da die Depressionen ihren Wirkungstreib vorwiegend nach weiter ausdehnen, so ist trübes, mildes und regnerisches Wetter zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

	Barom. mittl.	Therm. mittl. in Grad.	Wind mittl. in Grad.	Wind richt. in Grad.	Wind stärke in Grad.	Wetter	Bemerk.
26. Okt., nachts 9 Uhr	752,9	2,8	6,2	95	SW	heiter	—
27. Okt., morg. 7 Uhr	752,6	2,4	4,9	89	SW	bedeckt	—
27. Okt., mitt. 2 Uhr	751,9	13,8	7,9	70	SW	bedeckt	—
Höchste Temperatur am 26. Okt. 10,1, niedrigste in der folgenden Nacht 0,5. Niederschlagsmenge am 26. Okt. 0,0 mm.							

